



Von jedem in der Schweiz erwirtschafteten Franken fliesst ein Zehntel in die Bundeskasse. CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Die verdeckte Agenda bei der Schuldenbremse

Die Schweiz könne sich problemlos höhere Schulden leisten, ist oft zu hören. Doch diese scheinbar nüchterne Argumentation überdeckt eine politische Grundsatzfrage: Brauchen wir einen grösseren Staat? Gastkommentar von Michele Salvi

Budgetdebatten im Bundeshaus sind ein altbekanntes Ritual: Wie auf einem Marktplatz präsentieren die Parteien ihre Anliegen, und jede betont, dass ihre Prioritäten am wichtigsten seien. Die Landwirtschaftslobby fordert mehr Subventionen, die Bürgerlichen wollen eine schnellere Aufstockung der Mittel für die Armee, und die SP kämpft gegen Streichungen bei der Entwicklungshilfe. Alle haben gute Argumente, warum gerade ihre Schwerpunkte vom Rotstift verschont bleiben müssen.

Es überrascht somit wenig, dass immer öfter vorgeschlagen wird, die geplanten Entlastungsmassnahmen zu umgehen. Die Linke und ein Teil der Mitte liebäugeln mit einer Lockerung der Schuldenbremse. Die bestehende Regelung, so ihr Argument, schränke die Verschuldungsmöglichkeiten unnötig ein. Sekundiert werden die Politikerinnen und Politiker dabei von namhaften Ökonomen: Aus einer Nachhaltigkeitsperspektive gesehen, würde eine stabile Schuldenquote genügen, argumentieren sie. Rein technisch betrachtet, hat diese Position zwar ihre Berechtigung. Der Bund weist mit einer Bruttoschuldenquote von 16 Prozent im internationalen Vergleich einen beneidenswerten Wert auf. Selbst wenn man alle öffentlichen Schulden einbezieht, erreicht die Quote mit rund 30 Prozent einen vergleichsweise niedrigen Wert. Die Schweiz könnte sich somit höhere Schulden leisten, ohne dass dies unmittelbar zu ökonomischen Verwerfungen führte. Aber diese Sichtweise blendet zwei zentrale Aspekte aus.

Erstens unterschätzt sie die massiven impliziten Verpflichtungen in der Altersvorsorge. Die Dimension dieser versteckten Schulden ist beachtlich: Die AHV wird gemäss den jüngsten Berechnungen im Jahr 2033 ein jährliches Defizit von rund 4 Milliarden Franken aufweisen. Die kürzlich angenommene 13. AHV-Rente wird ab 2026 das strukturelle Defizit ohne entsprechende Finanzierung um weitere 4,2 Milliarden Franken pro Jahr vergrössern. Ökonomen der UBS haben für die AHV eine Finanzierungslücke von 177 Prozent des BIP errechnet – mehr als das Zehnfache der offiziellen Bundesschulden.

Zweitens, und dies ist der entscheidende Punkt: Eine Lockerung der Schuldenbremse würde einen Ausbau des Staates bedeuten. Da die Steuereinnahmen laut den Prognosen des Bundes in den kommenden Jahren weiterwachsen werden, führen neue Schulden automatisch zu einer Ausweitung der Staatsquote. Mit anderen Worten: Die Staatsausgaben würden einen noch grösseren Anteil der Wirtschaftsleistung beanspruchen.

Dies ist keine technische Frage, sondern eine grundlegende politische Weichenstellung. Diese Dimension wird in der gegenwärtigen Debatte jedoch systematisch ausgeblendet. Eine Lockerung der Schuldenbremse würde nicht nur zu einem grösseren Staat führen, sondern auch dazu, dass immer mehr Verantwortung von den Bürgern auf den Staat verlagert wird. Die Fiskalquote – also der Anteil aller Bundeseinnahmen an der Wirtschaftsleistung – ist seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 bereits leicht gestiegen. Von jedem in der Schweiz erwirtschafteten Franken fliesst damit ein Zehntel in die Bundeskasse. Rechnet man alle staatlichen Zwangsabgaben

Die These, die Schuldenbremse schränke die staatliche Handlungsfähigkeit übermässig ein, lässt sich empirisch widerlegen.

ein – also auch die obligatorischen Beiträge an Kranken- und Pensionskassen –, erreicht die gesamte Fiskalquote heute gar 40 Prozent.

Beim Bund zeigt sich dies exemplarisch: Die Steuerlast der Haushalte wuchs zwischen 2010 und 2020 mit insgesamt 16,1 Prozent und damit fast doppelt so schnell wie die Reallöhne (8,4 Prozent). Und auch die Einnahmen aus den Firmengewinnsteuern sind überproportional stark gewachsen. Dieser Trend dürfte sich mit der OECD-Steuerreform noch verstärken. Ab 2026 rechnet der Bund allein aus der Ergänzungssteuer mit zusätzlichen Einnahmen von jährlich 1,6 Milliarden Franken, wovon mindestens 400 Millionen ins Bundesbudget fliessen sollen. Die These, die Schuldenbremse schränke die staatliche Handlungsfähigkeit übermässig ein, lässt sich empirisch somit widerlegen. Seit ihrer Einführung sind die Pro-Kopf-Ausgaben des Bundes real um einen Fünftel gestiegen. Die Bildungsausgaben legten real um fast 3 Prozent pro Jahr zu, die Sozialausgaben sogar um knapp 4 Prozent. Die Investitionsquote ist seit Jahren stabil. Die Corona-Pandemie hat zudem gezeigt, dass die Schuldenbremse in echten Krisensituationen genügend Flexibilität bietet: Der Bund konnte problemlos 30 Milliarden Franken Zusatzausgaben tätigen.

Wer eine Lockerung der Schuldenbremse fordert, sollte daher ehrlich sein: Es geht nicht um technische Details der Staatsfinanzierung, sondern um die politische Absicht, dem Staat einen immer grösseren Teil der Wirtschaftsleistung zuzugestehen – andernfalls müsste man zwingend im gleichen Atemzug auch Steuersenkungen fordern.

Die Schuldenbremse zwingt die Politik lediglich zu dem, was sie am wenigsten mag: klare Prioritäten zu setzen, statt allen alles zu versprechen. Wir sollten uns also nicht fragen, ob die Schweiz sich mehr Schulden leisten kann. Vielmehr dreht sich am Ende alles um die Frage: Brauchen wir einen noch grösseren Staat?

Michele Salvi ist Senior Fellow beim Think-Tank Avenir Suisse.

Nun ist offiziell, was Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen seit einigen Jahren feststellen: Die Lese- und Schreibkompetenz der Schweizer Bevölkerung nimmt stark ab. Würde ich einer Klasse den Satz aus der OECD-Studie «Bringen Sie Ihr Kind bis 10 Uhr in den Kindergarten» diktieren, schafften es auch in den kognitiv stärksten Klassen (10–18 Personen) etwa zwei Lernende, den Satz fehlerfrei zu schreiben. Verstehen würden ihn je nach Lehre nicht alle. Auch ums Lesen steht es schlecht. Erstens drücken sich die Lernenden nach Kräften vor dem Lesen, weil es ihnen schwerfällt. Zweitens habe ich bei vielen Lernenden den Eindruck, dass sie kaum verstehen, was sie lesen.

Dabei handelt es sich keineswegs nur um Jugendliche, die eine lange Fluchtgeschichte hinter sich haben, oder um jene, die als zugewanderte Erwachsene eine Lehre machen. Unter ihnen sind einige, die gut Bescheid wissen über Grammatik, Rechtschreibung und das Satzzeichen Punkt. Andere können genug Deutsch, um den Alltag zu bestreiten. Gemeint sind hier nicht Zugewanderte. Es gibt Lernende, welche die Primar- und Sekundarschule in der Schweiz besucht haben und die Grundkompetenz in Lesen und Schreiben nicht beherrschen. Mit Grundkompetenz meine ich: Gross- und Kleinschreibung, den Punkt am Ende eines Satzes, einen vollständigen Satz mit Subjekt, korrekt konjugiertem Verb und korrekt dekliniertem Objekt.

Es fehlt das Bewusstsein für die Wichtigkeit von korrekter und damit verständlicher Sprache. Die Schüler realisieren ihr Handicap erst, wenn sie mit Google oder KI versuchen, eine Aufgabe zu lösen, aber diese Systeme ihr phonetisch geschriebenes Deutsch/Schweizerdeutsch nicht entziffern können. Später in der Berufslehre haben sie noch maximal drei Lektionen pro Woche, um an ihrer Sprachkompetenz zu arbeiten.

Natürlich lernen die Kinder in der Volksschule viele wichtige Dinge, wie Vorträge zu halten (was

Die Lesemisere ist hausgemacht

Gemäss einer neuen OECD-Studie hat die Lese- und Schreibkompetenz in der Schweizer Bevölkerung stark abgenommen. Dies sollte ein Weckruf für die pädagogischen Hochschulen sowie die Volksschulen sein. Gastkommentar von Maja Peter

viele gut können), sie wissen theoretisch Bescheid über die Gefahren von sozialen Netzwerken, und sie gehen angstfrei und fordernd mit uns Lehrpersonen um. Es geht nicht darum, pauschal die Volksschullehrer anzuprangern, das Problem liegt bei den pädagogischen Hochschulen. So lernen etwa Lehrerinnen und Lehrer an der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH), dass sie den Kindern das phonetische Schreiben beibringen sollen, statt sie mit korrekter Rechtschreibung abzuschrecken.

Das hat zur Folge, dass ich viele Lernende in den Klassen habe, die nie aufgehört haben mit dem Phonetisch-Schreiben, weil sich das Schrift-

bild falsch im Kopf festgesetzt hat. Da die Jugendlichen in der Freizeit nicht mehr lesen, legen sich wenige korrekte Schriftbilder über die falschen, und sie bleiben dabei. Was für ein Irrweg!

Ein anderes Beispiel: Die Leseforschung zeigt klar, dass lautes Lesen bzw. das Vorlesen enorm wirksam ist beim Erlernen und Verbessern einer Sprache. Aber wehe, eine Lehrerin wie ich wendet diese Methode im Unterricht an und teilt die Erfahrungen damit an der PHZH mit. Nicht nur ich wurde deswegen regelrecht zusammengestaucht von der Dozentin. Schüler vorlesen zu lassen, stelle diese bloss, das dürfe deswegen im Unterricht kei-

nesfalls gemacht werden. Ich erachte es als meine wohl wichtigste Aufgabe als Lehrerin, einen anregenden und sicheren Lernraum zu schaffen. Das heisst, ich bin zusammen mit der Klasse dafür zuständig, dass sich alle getrauen, Fragen zu stellen und Fehler zu machen.

Denn nur aus Erfahrungen lernt man. Das Ausprobieren und das Nicht-auf-Anhieb-Können gehört zum Lernen. Gelingt Vorlesen nicht beim ersten Mal, dann wird es neue Versuche mit Erfolgserlebnissen geben. Von Blossstellen kann keine Rede sein.

Ein anderes Tabu ist das Diktat. Es gilt gemäss PHZH als altmodisch und quälend, Diktate zu machen, obwohl es sich dabei um eine wirksame Methode handelt, sich Sprachbilder einzuprägen. Jene Mütter und Väter, die zu Hause mit ihren Kindern Diktate üben, erzielen hervorragende Resultate. Mit Blick auf die Chancengleichheit darf es aber nicht sein, dass Eltern die Aufgaben der Volksschule übernehmen müssen, damit ihre Kinder Basiskompetenzen erlernen. Zur Schule gehören auch Aufgaben, die nicht beliebt sind. Sie deswegen wegzulassen, ist ein Fehler.

Junge PHZH-Absolventen sagen mir, sie legten keinen Wert auf Rechtschreibung, weil Rechtschreibung die Kreativität behindere. Schülerinnen und Schüler aber können problemlos unterscheiden, ob es in einer Aufgabe primär um den Flow des Schreibens und Denkens geht oder um korrekte Verständlichkeit, das weiss ich aus Erfahrung. Es ist zu hoffen, dass die OECD-Studie ein Weckruf für die Ausbildungsverantwortlichen der pädagogischen Hochschulen ist – und ein Appell an alle Lehrerinnen und Lehrer der Volksschule, den Fokus verstärkt wieder auf die Grundkompetenzen Lesen und Schreiben zu legen.

Maja Peter ist Schriftstellerin und Berufsschullehrerin; ihr jüngster Roman «Wenn du nicht wärst» ist soeben bei Nagel & Kimche erschienen.